3. Gehören die anfangs 1919 zum Schutz des östlichen Deutschlands aufgestellten Freiwilligentruppen zum kriegführenden Heer im Sinn des § 155 MStGB?

IV. Straffenat. Ur. v. 10. Mai 1921 g. R. IV 1616/20.

Vorinstanz: Oberkriegsgericht des XVII. Armeekorps.

Der Angeklagte hatte im Februar 1919 bei dem Freiwilligen-Detachement L. Dienst getan und während dieser Zeit an einem Auf-
ruhre gegen den Detachementsführer teilgenommen. Das Berufungs-
gericht nahm, weil er einen bei dem Detachement im Januar 1919
eingeführten Verpflichtungsschein nicht unterschrieben hatte, an, daß er
seit Februar 1919 nicht mehr Soldat gewesen sei, verurteilte ihn aber
gemäß § 155 MStGB. Seine Revision blieb erfolglos.

Aus den Gründen:

. . . Rechtliche Bedenken können sich nur in der Richtung ergeben,
ob das Oberkriegsgericht mit zutreffenden Erwägungen die Soldaten-
eigenschaft des Beschwerdeführers zur Zeit der Tat verneint hat, ob es
nicht vielmehr aus der Tatsache, daß er über den 1. Februar 1919
hinaus aus freien Stücken beim Freiwilligen-Detachement L. verblieben
ist und der Führer dieses Detachements durch das Verhalten des Be-
schwerdeführers bei der Truppe das Einverständnis mit seinem Weiter-

dienen zu erkennen gegeben hat, den Schluß hätte ziehen müssen, der Beschwerdeführer sei noch im Februar 1919 Angehöriger des Detachements und damit Soldat gewesen. Insbesondere spricht das Oberkriegsgericht sich nicht darüber aus, weshalb es, entgegen dem Grundsatze der Formfreiheit der Verträge, für die Rechtswirklichkeit des Eintritts bei diesem Detachement die Vollziehung einer schriftlichen Verpflichtungserklärung für notwendig erachtet hat. Allgemeine Vorschriften, die eine solche Schriftform erfordert hätten, waren im Februar 1919 noch nicht erlassen; die Ausführungsbestimmungen für die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, die das Unterschreiben eines Verpflichtungsscheins anordnen, sind erst unter dem 31. März 1919 ergangen (RWB. S. 264 [281]), waren also zur Zeit der Tat noch nicht in Geltung.

Indessen ist der Angeklagte dadurch, daß das Berufungsgericht ihn nicht für eine Person des Soldatenstandes erachtet und daher die Vorschriften der §§ 106, 96, 9 Nr. 1, 110a und 91 MStGB. nicht ohne weiteres, sondern erst unter Heranziehung des § 155 gegen ihn für anwendbar erklärt hat, keineswegs benachteiligt. Denn diese Vorschrift rechtfertigt jedenfalls seine Verurteilung auf Grund der erwähnten Gesetzesbestimmungen.

Die Tat des Beschwerdeführers ist während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges begangen, da im Februar 1919 der Frieden noch nicht geschlossen war. Das Freiwilligen-Detachement L. war ferner, wie eine durch das Reichsgericht eingeholte amtliche Auskunft ergibt, dem deutschen Heer eingegliedert, insbesondere der Inspektion der Freiwilligen-Formationen in D. unterstellt, somit ein Teil des deutschen Heeres. Die Bildung solcher Freiwilligen-Truppen hatte ihre gesetzliche Grundlage u. a. darin, daß die Reichsregierung auf Grund des § 63 RMilG. das Kriegsministerium ermächtigt hatte, einzelne mobile Formationen aus Freiwilligen und den Jahrgängen 1898 und 1899 für den Schutz des Ostens aufzustellen (Erlaß vom 2. Januar 1919 [RWB. S. 10]), auch durch den Aufruf „Freiwillige vor“ (RWB. S. 17) zur Bestellung von Freiwilligen zum Schutz des deutschen Ostens gegen den „polnischen Imperialismus“ öffentlich aufgefordert hatte, wobei die Annahme und weitere Verwendung der Freiwilligen den Generalkommandos übertragen, die Freiwilligen also der militärischen Heeresorganisation eingefügt wurden (S. 18, 19 das.). Der Grenzschutz, dem diese Freiwilligen-Formationen zugeteilt wurden, gehörte weiter dem Kriegführenden Heer an. Denn er sollte, wie der vorermähnte Aufruf und auch der Verpflichtungsschein ergeben, der bewaffneten Verteidigung des östlichen Deutschlands durch die deutsche Streitmacht gegen Angriffe Polens dienen, also nicht — wie die Revisionsbegründung meint — der Überwältigung auffständiger

Deutscher. Damit ist auch den völkerrechtlichen Anforderungen, die für den Begriff eines „Krieges“ den Kampf zwischen mehreren Staaten voraussetzen, genügt. Denn Polen bildete, so unsicher auch seine staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse im Februar 1919 noch lagen, damals einen wenigstens schon im Entstehen begriffenen Staat. Rechtlich unerheblich ist es, daß sich das Detachement zur Zeit der Tat in L. befand und mit polnischen Truppen nicht in unmittelbarer feindlicher Verührung stand. Denn zum kriegsführenden Heere gehören schon die Truppenteile, die zum Kampf gegen den Feind bestimmt sind (RMG. Bd. 19 S. 265). Das war aber bei den Grenzschutzformationen und insbesondere bei dem Detachement L. nach den oben wiedergegebenen Vorschriften, nach dem Inhalte des Verpflichtungsscheins und auch nach der vom Berufungsgericht gebilligten tatsächlichen Feststellung des Kriegesgerichts, daß dieses Detachement „mobil“ war, der Fall. Auf die von der Revisionsbegründung angeregte Frage, ob Truppen, die nur zur Bezwingung eines Aufstandes im eigenen Lande dienen sollen, als „kriegsführende“ anzusehen wären, kommt es nach alledem nicht an. Unhaltbar ist auch, wie die vorstehenden Darlegungen ergeben, die Ansicht des Beschwerdeführers, daß er lediglich Teilnehmer einer „privaten“ Zusammenkunft einiger Angehöriger des Grenzschutzes gewesen sei. Die Auffassung des Berufungsgerichts, daß er sich infolge seines Weiterdienens beim Detachement L. in einem „Dienstverhältnisse“ bei dem kriegsführenden Heere befunden oder mindestens sich bei ihm „aufgehalten“ habe, ist vielmehr rechtlich begründet.

Solche Angehörigen des Heeresgefolges sind nach § 155 WStGB. den Strafvorschriften dieses Gesetzes unterworfen, insbesondere auch den Bestimmungen, die — wie die hier vom Oberkriegsgericht angezogenen — die Achtung vor der dienstlichen Autorität und der Person der Vorgesetzten sicherstellen wollen (RMG. Bd 19 S. 168 [169]). . . .